

## Offener Brief

An das  
Bundesministerium für Justiz  
Museumstraße 7  
1070 Wien

**Betrifft:** Gesetz wegen Mietzahlungen nicht mehr einklagbar / keine Delogierungen

Sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Alma Zadić, LL.M.

Zu Ihren Vorschlag ein Gesetz zu schaffen, welches den Mietern ermöglicht die Mietzahlungen für die Monate April, Mai und Juni aussetzen zu können, öffnet einerseits den Mietern die Möglichkeit keine Mietzinse und auch keine Betriebs- und Heizkosten zu bezahlen und andererseits werden dadurch mehr als 500.000 private Vermieter in eine Existenzgefährdende Situation gebracht.

Wir sprechen hier für mehr als 500.000 private Vermieterinnen und Vermieter die mittels Kreditfinanzierung Eigentum geschaffen und vermietet haben und welche mit den Mieteinnahmen die monatlichen Raten für Kredite aus Wohnungskauf bedienen müssen und durch ein solches Gesetz auch gezwungen werden für die Mieter die Betriebskosten und Heizkosten zu bezahlen. Eine solche Maßnahme bedeutet, dass von Gesetz der private Vermieter gezwungen wird, für seinen Mieter alle Kosten zu übernehmen und sofern vorhanden auch die Rückzahlungen der Kredite aus seinen eigenen Arbeitseinkommen zu zahlen.

Diese Maßnahme würde bedeuten, dass von Gesetz her tausende Vermieter ihre Existenz verlieren, Insolvenz anmelden müssen und finanziell ruiniert werden. Ein solches Gesetz verstößt gegen die Menschenrechte und das Recht auf freies Eigentum, aber vor allem öffnet es ebenfalls tausenden Mietern die Tür zur Willkür.

Sehr geehrte Frau Ministerin, warum sind Sie nicht bereits eine konstruktive Lösung, wie von uns vorgeschlagen, zu finden ohne dabei mehr als 500.000 private Vermieter in den wirtschaftlichen Untergang zu drängen.

Für die mehr als 500.000 VermieterInnen

Ö S T E R R E I C H I S C H E R  
E I G E N T Ü M E R U N D V E R M I E T E R  
B U N D E S V E R B A N D  
Dipl. Bw. Günter Moser  
Präsident

